

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1918**

532 (15.11.1918) Abendblatt

# Badischer Beobachter

**Verlagspreis vierteljährlich:**  
 In Karlsruhe durch Träger Nr. 455;  
 (b. d. Geschäftsstelle monatl. Nr. 1.20)  
 ansonsten (Deutschland) durch die  
 Post Nr. 5. — ohne Beilage;  
 Ausland durch Post oder Kreuz-  
 band. Der Einzelverkaufspreis jeder  
 Ausgabe beträgt 10 Pf.

**Kreuzprecher Nr. 533**

Notationsdruck und Verlag der Badens L.G. für Verlag und Druckerei  
 Karlsruhe, Albrechtstr. 42, Albert Hoimann, Direktor

Er erscheint an allen Werktagen in zwei Ausgaben  
 Sonntags: Einmal wöchentlich die Unterhaltungsblätter „Sterne und Blumen“,  
 „Wörter für den Familienkreis“ und „Blätter für Haus- und Landwirtschaft“

Verantwortlich für deutsche und badische Politik, sowie für Feuilleton: Dr. Meene; für den übrigen redaktionellen Teil: Franz Wahl für Anzeigen und Adressen; A. Hoimann, sämtlich in Karlsruhe.

**Anzeigenpreis:**  
 Die achtsp. Kolonnenzeit 25 Pf. (Klein-  
 kolonnenzeit 10 Pf.) mit 90% Erhöhung  
 zuzüglich. Bei Wiederholung nachfolgend  
 nach Tarif. — Aufträge vermittelt  
 alle Anzeigen-Expeditionen. — Schluss der  
 Anzeigenannahme vorm. 4 1/2 Uhr  
 bzw. nachm. 4 1/2 Uhr.

Postfach: Karlsruhe 4844

## Zur neuen Ordnung in Deutschland.

Folgende Auffassung der Lage, die sich mit der von uns vertretenen Anschauung deckt, geht uns aus mitdenkenden katholischen Kreisen Badens zu: Die neuen Verhältnisse, welche sich im Laufe der letzten Tage in unserem Vaterlande gebildet haben, beginnen allmählich ein klareres Bild zu bieten. Zweifellos ist und bleibt eine gewalttätige Umwälzung stets ein bedauerliches Ereignis in dem Gange eines Staates, andererseits kann jedoch immerhin mit Freude festgestellt werden, daß die jüngste deutsche Revolution sich fast unblutig vollzogen hat. Es gerät von dem großen Verständnis, das die weitaus meisten Völker der dringenden Notwendigkeit entgegenbringen, jede Störung der Ordnung, des Friedens und der gesellschaftlichen Beziehungen sowie vor allem jedes Unterdrücken von deutschen Mitbürgern zu vermeiden. Es ist daher die allgemeine Ueberzeugung, daß man sich nach dem Beispiel der meisten Völker und der Herrscherwelt zum Vorteil der Völker auf geordneten Verhältnissen stellen muß. Die bis jetzt erlassenen Erklärungen und Verordnungen der neuen Reichsregierung zeigen erfreulicherweise bis jetzt eine zurückhaltende Mäßigkeit. Deswegen entsprechen die als Gesez erlassenen Regierungsverordnungen vom 12. November größtenteils den auch von mehreren andern Parteien seit vielen Jahren auf geordneten Wege vertretenen Wünschen. Aber als Geseze können sie erst durch die vom ganzen Volke beider Geschlechter völlig frei zu wählende Nationalversammlung anerkannt werden. Es ist deshalb im Interesse des deutschen Volkes und seiner wichtigsten Lebensinteressen der größte Wert darauf zu legen, daß diese allgemeine Nationalversammlung und die in der einzelnen Länder zu wählenden Landesversammlungen sobald als möglich vorbereitet und einberufen werden. Aus diesen Betrachtungen des Volkes heraus kann allein eine wahrhaft demokratische Regierung, welche das Vertrauen der Volksmehrheit in vollem Umfange besitzt, auf die Dauer ins Leben gerufen werden.

Es ist diesem Zeitpunkt kosten, um die Volksrechte in jeder Hinsicht zu wahren, nur möglichst wenige Verfassungs- und Gesezänderungen vorgenommen werden. Vor allem müßten dies höchstens Notverordnungen für die Vollstreckung sein, welche den Ausbau des wirtschaftlichen und sozialen Lebens in der gegenwärtigen kritischen Periode nicht erschweren. Die Wählerstimme des Volkes ist für jede einwirkende Gesez- oder Verfassungsänderung unumgängliche Pflicht eines modernen Staates. Gewalt kann und darf niemals vor Recht gehen.

Von großem Nutzen wäre es sicherlich, wenn einseitigen, bevor das Aufkommen einer neu gewählten Volksvertretung erreichbar ist, so rasch als möglich von den neuen Regierungen im Reich und den Einzelstaaten genau und ins Einzelne gehende Mitteilungen über die geplanten Maßnahmen und das beabsichtigte Programm gemacht würden.

Auf diese Weise könnte weitestens vorerst durch die Presse und durch formenreiche Artikel aus dem Munde der Volksvertreter die allgemeine Erörterung herbeigeführt und so eine gewisse Kenntnisnahme der Meinungen aus allen Volksteilen ermöglicht werden. Eine solche Kenntnisnahme müßte vieler praktischer Erfahrungen und Vorurteile ist um so mehr anzustreben, als durch den Krieg ohnehin schon auf schwerer erdichteter Volksmeinung nur allmählich durch irgend welche liberale, wenn auch noch so allgemeinere Schritte zum Zusammenbruch gebracht werden könnte. Dies aber kann nie und nimmer der Wunsch auch nur eines einzigen Deutschen sein.

## Die Umwälzung in Deutschland.

**Aufruf der preussischen Regierung an das Volk.**  
 Berlin, 13. Nov. (W.Z.B.) In einem Aufruf an das preussische Volk heißt es: Die Aufgabe der neuen preussischen Landesregierung ist, das alte, von Grund auf reaktionäre Preußen so rasch wie möglich in einen völlig demokratischen Bestandteil der einheitlichen deutschen Volksrepublik zu verwandeln. Ueber die zukünftigen Staatseinrichtungen Preußens, seine Beziehungen zum Reich, zu den anderen deutschen Staaten und zum Ausland wird eine verfassungskonforme Versammlung entscheiden. Ihre Wahl erfolgt auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts für alle Männer und Frauen und nach dem Verhältnisssystem. Bis zum Zusammentritt dieser verfassunggebenden Versammlung übernimmt die vorläufige Regierung, getragen von dem Vertrauen der Arbeiter- und Soldatenräte, die Geschäfte. Sie sieht ihre erste Aufgabe darin, in enger Zusammenarbeit mit der neuen Reichsleitung für die Ordnung und Sicherheit im Lande und für die Volksernährung zu sorgen. Alle Beamten, die sich der neuen Regierung zur Verfügung stellen, sind ausdrücklich in ihren Rechten bestätigt und auf ihre Pflichten hingewiesen. Von den zahlreichen Aufgaben, vor die sich das neue Preußen jetzt und in Zukunft gestellt sieht, seien unter anderen hervorgehoben: Die Schaffung der Einheitswährung, Befreiung der Schule von jeder kirchlichen Bevormundung, Trennung von Staat und Kirche, völlige Gleichheit Wahlrecht beider Geschlechter für alle Gemeindegewählten in Stadt und Land, entsprechende demokratische Umgestaltung der Kreis- und Provinzialverwaltungen, rascher Ausbau und Entwicklung aller Verkehrsmittel, insbesondere der Eisenbahnen und Kanäle, Seebau und Modernisie-

## Aufruf an die Zentrumswähler von Stadt und Land.

Heute um 2 Uhr sollte der Reichstag zusammengetreten! Die Sitzung ist aufgehoben!  
 Die Zentrumsfraktion des Reichstages hatte sich am 7. November versammelt. Die meisten ihrer Mitglieder sind durch die Ereignisse von Berlin ferngehalten oder heimberufen worden.  
 Die in Berlin anwesenden Abgeordneten wenden sich an das Volk und erklären:  
 Wir beantragen feierlich Achtung und Gleichberechtigung unserer Grundgesetze.  
 Wir machen Gebrauch von dem Recht der Freiheit des Wortes und dem Versammlungsgesetz.  
 Die Zentrumspartei wird alle, die sich zu ihren Grundgesetzen bekennen, im entscheidenden Augenblick an die Wahlurne rufen.

Berlin, den 13. November 1918.  
 Die Mitglieder der Zentrumsfraktion des deutschen Reichstages:  
 Dr. Jähndker, Giesberts, Hoffmann, Dr. Pfeiffer, Dr. Frhr. von Rechenberg, Schiffer.

ring der Industrie und Landwirtschaft, Bergbau und landwirtschaftlichen Großbetriebe, Umgestaltung der Rechtsprechung und des Strafvollzugs im Geiste der Demokratie und des Sozialismus, Reform des gesamten Steuerwesens nach den Grundgesetzen strenger sozialer Gerechtigkeit.

## Aufruf.

Berlin, 14. Nov. (W.Z.B.) Das Vaterland ist in Gefahr. Das wirtschaftliche Leben droht zusammenzubrechen und damit die Fundamente unseres Landes. Jeder von uns deshalb alle seine Kräfte einbringen, um diese Katastrophe abzuwenden. Offiziere und Beamten, die ihr Amt nicht mehr wahrnehmen können, sind zu bitten, sich zurückzuziehen und die Regierung zur Wahrung der öffentlichen Ordnung und zum Wiederaufbau unseres Vaterlandes. Unfähigkeit ist ein Verbrechen an Lande. Niemand darf zurücktreten.  
 Die Offiziere und Beamten des Waffen- und Munitionsbeschaffungsamtes.

## Die fortschrittliche Volkspartei

erklärt einen „Kammerputz“ gegen die Waffenstillstandsbedingungen und ruft die „Väter der Kulturwelt“ auf, noch in letzter Stunde diese unerhörte Vergewaltigung, diesen Triumph des Imperialismus zu verhindern. Dann verlangt sie für die innere Neugestaltung, daß sie sich „in wahrhaft demokratischer Form“ vollziehen solle. Eine Volksregierung dürfe sich nur auf Volksbestimmungen stützen. Aufgabe der so geschaffenen Volksvertretung und der aus ihr zu bildenden Regierung sei die Wahrung und Stärkung der Reichseinheit und der Ausbau der Verfassung unter Anerkennung des gleichen Rechts für alle. „Nur, was immer geartete Diktatur oder Klassenherrschaft ist verwerflich.“ Es folgen Einzelwünsche, worauf es heißt: „In der schweren Zeit des Ueberdrußes ist die unbedingte Erhaltung der öffentlichen Ordnung, der Ehre von Leben und Eigentum und die Sicherstellung der Ernährung des höchsten Gebot. Wer es erfüllen will, soll von uns unterstützt werden.“ — In einem parteioffiziellen Begleitartikel wird der Ruf nach Wiederherstellung der Volksvertretung in ihre früheren Rechte nicht nur, sondern auch nach einer bedeutenden Erweiterung dieser Rechte erhoben, aber hinzugefügt, daß der gegenwärtige Reichstag, zumal nach einer sechsmonatigen Lebensdauer dem Zweck einer Volksvertretung allerdings nicht mehr entspricht.

## Die Sicherheitsvorschriften für die Pulver- und Sprengstoffbetriebe.

Berlin, 14. Nov. (W.Z.B.) An die Arbeiter- und Soldatenräte bei den stellvertretenden Generalkommandos ist folgende Verfügung erlassen: Die Anbahnung oder Herbeiführung der für die Pulver- und Sprengstoffbetriebe gegebenen Sicherheitsvorschriften können schwere Explosionen zur Folge haben. Die Einhaltung von Leben und Eigentum erfordert unbedingt die weitestgehende Befolgung der bestehenden Sicherheitsvorschriften. Eigenmächtige Änderungen der Bestimmungen sind streng zu bestrafen. Für die Reichsregierung: Göhre, Unterstaatssekretär.

## Die Postensur.

Berlin, 14. Nov. (W.Z.B.) In einzelnen Tageszeitungen wurde gestern die Nachricht verbreitet, daß die Postensur unter der neuen Regierung nicht fortbestehen und Briefe von nun an geschlossen nach dem Auslande geschickt werden können. Diese Nachricht entspricht nicht den Tatsachen. Die Postensur muß selbstverständlich auch unter der neuen Regierung fortbestehen, aber unter ganz anderen Gesichtspunkten. So muß a. B. vermieden werden, daß, solange keine befriedigenden Geseze heraus sind, größere Vermögenswerte und kapitalistische Elemente ins Ausland abgeschoben werden und daß reaktionären Einflüssen vom Auslande her die Spitze abgehoben wird. Eine endgültige Regelung erfolgt in kurzem.

Jetzt aber gilt es, für Ruhe, Sicherheit und Ordnung im Lande zu arbeiten, um die geregelte Führung der Staatsgeschäfte zu ermöglichen. Dabei muß jedem die Wahrung seiner politischen und religiösen Ueberzeugung gesichert sein!  
 Wir bitten unsere Parteifreunde im ganzen Lande: beratet die Lage! Bereitet die Wahlen vor! Klärt auf und belehrt die Frauen. Schließt Euch von der Arbeit für öffentliche Einrichtungen nicht aus! Haltet Ordnung bewahren und öffentliche Sicherheit, damit wir alle Brot und Leben haben! Wartet die Weisungen der Parteileitungen ab!

## Gerüchte von Putschversuchen der Spartakusgruppe.

Berlin, 14. Nov. Es erzählt sich in Berlin dauernd das Gerücht, wonach Putschversuche der Spartakusgruppe gegen die jetzige Regierung unmittelbar bevorstünden. So wurde heute vormittag gemeldet, daß die Spartakusgruppe beabsichtige, mit Gewalt das Gebäude des Abgeordnetenhauses zu besetzen. Die fortschrittliche Volkspartei brach darauf ihre gerade im Abgeordnetenhause tagende Fraktionsversammlung ab. Es erriete sich jedoch tatsächlich keinerlei Zwischenfall.  
 Spaltung bei den Unabhängigen.  
 Berlin, 14. Nov. Wir sind zuversichtlich, daß die Absicht ein Teil der unabhängigen Sozialisten, sich von dieser Loszulassen und zur Gruppe Liebknecht überzugeben. Der Streit dreht sich hauptsächlich um die Frage der Einberufung der Nationalversammlung. Während die Führer der unabhängigen Sozialdemokratie gleich der Sozialdemokratie eine demokratische Entwicklung anstreben, hält der linke Flügel an der Diktatur des revolutionären Proletariats fest.  
 Thronverzicht des Herzogs von Sachsen-Koburg-Gotha.  
 Gotha, 14. Nov. (W.Z.B.) Wie heute den Abgeordneten des Landtages mitgeteilt wurde, hat Herzog Karl Eduard von Sachsen-Koburg-Gotha seinen Thron entzagt.  
 Thronverzicht des Großherzogs von Sachsen-Weimar.  
 In Weimar wurde am Freitag nach einer Soldatenversammlung das Großherzogliche Schloss umstellt. Samstag nachmittags stellten die Sozialdemokraten beim Ministerium den Antrag, den Großherzog unverzüglich zur Abdankung zu bewegen. Die Verhandlungen mit dem Großherzog waren (lt. Tag) sehr dramatisch und dauerten bis in die spätmorgendlichen Stunden. Endlich erklärte Großherzog Wilhelm Ernst unter der Bedingung, daß für ihn und seine Familie die persönliche Sicherheit gewährleistet würde, auf den Thron für sich und seine Nachkommen zu verzichten zu wollen. Auf seinen Wunsch, im Schloss zu Weimar bis auf weiteres wohnen zu dürfen, wurde ihm unter Hinweis auf seine Unpopulartät gefährtete persönliche Sicherheit empfohlen, in einer kleinen Stadt des Landes Wohnung zu nehmen. Wilhelm Ernst wird zunächst im Schloss zu Alstedt Wohnung nehmen, um später auf seine Güter in Rosen und Heinrichau bei Weiskau überzugehen.

## Der Staat Hamburg.

Hamburg, 14. Nov. (W.Z.B.) Der Arbeiter- und Soldatenrat hat eine Bekanntmachung erlassen, daß Hamburg als Staat und Träger von bürgerlich-rechtlichen Pflichten und Rechten fortbestehen, bis im Reich über die weitere Gestaltung der Verhältnisse entschieden sein werde.  
 Bremen in den Händen des N.S.M.  
 Bremen, 14. Nov. (W.Z.B.) Der Arbeiter- und Soldatenrat hat gestern im Konsensrat der Vorbeschlüsse folgende Bekanntmachung beschlossen: Der Arbeiter- und Soldatenrat hat die Ausübung der politischen Gewalt im Bremer Stadtgebiet übernommen. Der Senat und die Bürgergerichte bestehen nicht mehr. Das Bremer Stadtgebiet bildet künftig einen Bestandteil der deutschen Republik. Ueber die weitere Gestaltung der Verhältnisse entscheidet die soeben geschaffene gesetzgebende Körperschaft. Ruhe und Ordnung werden gewährleistet. Ein jeder genießt seinem Verufe nach. Die Beamten bleiben auf ihren Posten. Die Behörden werden in ihren Stellen verbleiben. Das Privatvermögen wird geschützt. Minderer werden standrechtlich abgeurteilt.

## Drängung gegen die Tyrannei von unten.

Berlin, 14. Nov. (W.Z.B.) Auf das Telegramm der beiden sozialdemokratischen Parteien an Pantina hat der unabhängige Abgeordnete Eduard Bornstein folgende Antwort erhalten: Werter Genosse! Das Telegramm der sechs Genossen ist sofort an Henderson, Cahin und Wandler

beide geschickt worden mit den besten Empfehlungen. Ich bin sicher, daß eine Reaktion nicht nur unserer Genossen, sondern der ganzen öffentlichen Meinung in den Ententeländern gegen die erdrückende Vergewaltigung des revolutionären Deutschlands einleiten wird. Heute meldesten die Zeitungen telegraphisch, daß Präsident Wilson und sogar Clemenceau gegen jede inhumane Maßregel sich ausgesprochen haben. Ihre Aktion wird die persönliche Stimmung noch weiter stärken. Besten Dank für Ihr Telegramm und beste Wünsche, daß die deutschen Genossen ihre gewaltige Revolution im Namen der Demokratie auch gegen die Tyrannei von unten klar und fest steuern möchten.

**Die Soldatenräte des Ostens.**  
 Mitau, 13. Nov. (W.Z.B.) Meldung des Soldatenrats Mitau. Die meisten Soldatenräte des Ostens: Riga, Mitau, Wanda, Talsen, Doblen, Estland, Wilna, Iida usw. haben sich dem Zentralrat in Nowo angegeschlossen. Die Umwälzung vollzieht sich all in geordneter und hoher Weise ohne Zwischenfälle. Die Offiziere verbleiben in ihren Funktionen, aber sie teilen ihre Kommandogewalt mit den Soldatenräten. Diese sind nicht nach dem Vorschlage Hindenburg-Ebert, sondern auf breiter demokratischer Grundlage gegründet worden. Die politischen Ämter werden befreit, die Justiz gilt nur noch für rein militärische Zwecke, die Zentralbehörden werden von den Präsidenten der Soldatenräte kontrolliert, ebenso die Waffen- und Munitionsbehörden. Telegramme, Telegraphen und Telefonstationen sowie die Eisenbahn und Post stehen den Soldatenräten zur Verfügung. Die Grenzschutz ist aufgehoben. (In Mitau hat man den Befehl hinzugefügt: „Es wird erwartet, daß im besetzten Gebiet die Kameraden einander grüßen.“) Auf je 50 Mann einer jeden Formation entfallen drei Vertrauensleute. Der Rasenreich ist verhängt, aber aus Gründen der Disziplin nicht aufgehoben worden.

## Die Lage in Baden.

**An das badische Kriegsministerium.**  
 Karlsruhe, 14. November. Viele Kameraden der 8. Landwehrdivision haben mich 6 im Abschied gebeten, einen Antrag zu stellen, daß sie als Soldat demobilisiert werden. Die Division war in 4 1/2 Jahren des Krieges nie in Ruhestellung gekommen und hat in den letzten Wochen große Verluste erlitten. Es handelt sich in der Hauptsache um Männer von 35-48 Jahren, also um Familienväter, um Männer der Ordnung und ruhigen Entwicklung. Ich bitte um Deregung und ruhigen Entlassung. Ich bitte um Deregung des Antrags.  
 Schöfer, Divisionsparrer und Abgeordneter.

## In der ehemaligen Donau-Monarchie.

**Aufruf der provisorischen Nationalversammlung an das deutsch-österreichische Volk.**  
 Wien, 12. Nov. (W.Z.B.) Die provisorische Nationalversammlung erläßt einen Aufruf an das deutsch-österreichische Volk, worin es heißt:  
 Die durch das gleiche Stimmrecht aller Bürger besetzten Vertreter des deutschen Volkes von Deutsch-Österreich beschließen, in der provisorischen Nationalversammlung unter einem freigelegten Präsidenten, vereinigt und beraten durch die von der Volksvertretung eingesetzten verantwortlichen Beisitzer, den Staat Österreich als Republik, d. h. als freien Volksstaat einzurichten, dessen Geseze vom Volke ausgehen, dessen Behörden ohne Ausnahme durch Vertreter des Volkes eingesetzt werden. Zugleich beschließt die provisorische Nationalversammlung, sobald die nötigen Vorkehrungen getroffen sind, ihre Vollmachten unverzüglich in die Hände des Volkes zurückzugeben. Im Januar wird das gesamte Volk, Männer und Frauen, zur Wahl freier, sein äußeres Schicksal wie die innere Ordnung allein frei und unabhängig bestimmen. Jetzt, da die Freiheit gefährdet ist, ist die erste Pflicht die staatsbürgerliche Ordnung und das wirtschaftliche Leben wiederherzustellen. Jeder sollte das Bewußtsein, Deutsch-Österreich, Euer Vätergemeinsein, beide die Volksbehörden, unser Volk vor der sonst drohenden Katastrophe zu retten. Jeder denke vor allem an die nächsten Wochen und Monate. Für später ist gesorgt. Arbeiter, Bauern und Arbeiter sollen in den nächsten Monaten der höchsten nationalen, politischen und wirtschaftlichen Not zusammenkommen und einander bereitwillig helfen, das Volk vor dem Untergang zu bewahren. Nach wenigen Monaten, so hoffen wir, steht in der Welt, in Deutsch-Österreich, das normale Leben wieder, dann wird das gesamte Volk sich seine dauernde staatliche Ordnung geben. Bis dahin Vertrauen, Eintracht, Selbstacht, Gemeinnut! Bei Deutsch-Österreich! Die provisorische Nationalversammlung.  
 Zur Frage des Anschlusses Deutsch-Österreichs an Deutschland.  
 Wien, 14. Nov. (W.Z.B.) Das soziale Volkswort meldet: Unterstaatssekretär Bauer hat an den Volksbevollmächtigten Haase folgendes Telegramm gerichtet: Indem ich Ihnen zur Uebernahme Ihres neuen Amtes in weltgeschichtlicher Stunde herzlich Glückwünsche sende, teile ich Ihnen mit, daß die provisorische Nationalversammlung Deutsch-Österreichs einstimmig beschlossen hat, Deutsch-Österreich für eine demokratische Republik zu erklären, die einen Teil der großen deutschen Republik ist und bleiben soll. Durch diesen Beschluß seiner provisorischen Regierung hat Deutsch-Österreich seinen Willen kundgegeben, sich mit den anderen deutschen Stämmen von denen es vor 33 Jahren gewaltsam getrennt wurde, wieder zu vereinigen. Wir bitten Sie und die deutsche Regierung, diese Bestrebungen des deutschen Volkes in Österreich zu unterstützen und in direkte Verhandlungen über die Vereinigung Deutsch-Österreichs mit der deutschen Republik und über die Teilnahme an der Gesezgebung und Verwaltung des Deutschen Reiches einzutreten. Wir bitten Sie, uns Gelegenheit zu geben, uns mit Ihnen über alle Fragen der Friedensber-

**Verordnung**  
 2. November 1918.  
 Ablieferung von Waffen betr.  
 in den letzten Tagen sind  
 Munition aus militärischen  
 Hände der Zivilbevölkerung  
 her verordnet:

§ 1.  
 alle Munition, die aus  
 in die Hände der Zivilbevölke-  
 und innerhalb 3 Tagen bei dem  
 eisteramt, in den Städten mit  
 Bezirksamt, abzuliefern.

§ 2.  
 Ablieferung wird unbedingte  
 ist.

§ 3.  
 Ablauf der Frist noch im  
 Munition der obengenannten  
 werden mit Gefängnis be-

§ 4.  
 Gebrauch von Waffen und  
 den bestehenden Strafgesezen,  
 mit dem Tode, bestraft.

§ 5.  
 tritt sofort in Kraft.

§ 6.  
 Geht.

Verordnungen sind Waffen und Munition  
 Gebäude, Zimmer Nr. 7, ab-

13. November 1918.  
 Postdirektion.

**Wand-Möbel**  
 sind  
 liegen  
 schön  
 wert  
 auch auf  
 zahlung  
 lich im  
 484  
 us, Karlsruhe  
 chstrasse 22.

Wirtschaftskammer ver-  
 1. November d. Z., vormittags  
 runde (Wiedhof) eine Abgabe

**und Ziegen.**  
 andler sind von der Abgabe aus-  
 dringende.  
 4471

**Wassermaschine**  
 durch Drehstrommotor von 120  
 gut betriebsfähig, zu Lanien  
 technische Büro (Wiedhof),  
 Staatseisenbahnen Karlsruhe  
 4481

**Formulare**  
 Offiziellen empfohlen  
 ordneten Reduktion der  
 Lager in allen Jahr-  
 mularen:

**Preisverzeichnis**  
 der Gebühren  
 stiftungsurkunden  
 ts sofort erfolgen.  
 Verlag der  
 ia, Karlsruhe

**Geld**  
 gegen monatliche  
 Müdzahl verteilt  
 A. Caldera, Hamburg 6.

**Tafelklavier.**  
 billig zu verkaufen. Adresse  
 zu erfahren unter Nr. 390 bei  
 der Geschäftsstelle Nr. 4480

**Ausgeklümmelte Frauenhaare**  
 läuft  
 Karlsruher, 92  
 Karlsruhe.

**Rasier-Klingen**  
 Siederh. App. werd. dampf-  
 darf geschliffen. Etad 10 Pf.  
 Kaiserstraße 34 Laden  
 Karlsruhe. 3140

Handlungen ins Einvernehmen zu sehen und diese Verhandlungen in enger Freundschaft miteinander zu führen. Wir bitten Sie schließlich, auch unserer schweren augenblicklichen Not Ihre Aufmerksamkeit zu schenken; da sich die neuen slavischen Nationalitätenstaaten, die aus dem Zusammenbruch Oesterreichs hervorgegangen sind, gegen uns vollständig absperrten, leiden wir bittere Not an Kohlen und Lebensmitteln. Das deutsche Volk in Oesterreich und insbesondere die deutsche Arbeiterklasse, sind überzeugt, daß die neue Regierung der deutschen Republik uns in dieser Stunde der Not beistehen wird. Was wir brauchen, ist der zutragende Hilfe. Wir bitten, Ihren Einfluß dafür einzusetzen, daß wir die unentbehrlichen Mittel an Kohlen und Lebensmitteln reich und schnell bekommen. Ich hoffe, daß die alte Freundschaft und Parteinlosigkeit, die uns verbindet, es uns erleichtern wird die enge und dauernde Verbindung zwischen Deutschland und Oesterreich herzustellen. Mit herzlichen Grüßen Otto Bauer.

**Gründung eines südslavischen Staates.**

Ljubljana, 14. Nov. (W.T.B.) Die Wälder werden erst in der ersten Hälfte des Monats November, nach der feierlichen Proklamierung des südslavischen Nationalstaates in Paris eine Sitzung ab. Nach einer längeren Reihe des Vorberichts des Nationalauschusses Kramarich, in der er ein südslavisch-slavatisches Staat als freie tschecho-slavatische Republik erklärte, wurde zum ersten Präsidenten der Republik Prof. Ruzarski, zum Vizepräsidenten der Nationalversammlung der bisherigen Reichsratsabgeordnete Franz Tomazef gewählt.

**Die tschecho-slavische Republik.**

Prag, 14. Nov. (W.T.B.) Die Nationalversammlung der tschecho-slavischen Staaten hielt gestern ihre erste Sitzung ab. Nach einer längeren Reihe des Vorberichts des Nationalauschusses Kramarich, in der er ein tschecho-slavatisches Staat als freie tschecho-slavatische Republik erklärte, wurde zum ersten Präsidenten der Republik Prof. Ruzarski, zum Vizepräsidenten der Nationalversammlung der bisherigen Reichsratsabgeordnete Franz Tomazef gewählt.

**Ukrainischer Hilferuf an Wilson.**

Wien, 14. Nov. (W.T.B.) Der slavische Korrespondenz zufolge hat der Präsident des Nationalrates des ukrainischen Staates Salhez Petruszewicz einen funktentelegraphischen Hilferuf an den Präsidenten Wilson gerichtet, in dem er dessen Intervention gegen die Knebelung des ukrainischen Staatsgebietes durch von der polnischen Regierung entsandte Truppen, sowie gegen den Versuch einer gewalttätigen Besetzung des von Ukrainern besiedelten nördlichen und nordöstlichen Teiles der Ukraine durch reguläre rumänische Truppen erbittet und oetliche, wo sich die Ukraine bedingungslos der durch die Friedenskonferenz festzusetzenden Abgrenzung der neuen Staaten unterwerfen werde.

**Polen.**

Warschau, 14. Nov. (W.T.B.) Meldung des Arbeiter- und Soldatenrates. Der Abtransport der deutschen Soldaten und Beamten aus Warschau und Polen hat gestern einsetzt. Der Führer der galizischen Sozialdemokratie Daszynski ist heute von Warschau zum Ministerpräsidenten der polnischen Regierung ernannt und mit der Kabinettsbildung beauftragt worden.

**Aus dem Stadtkreis.**

Karlsruhe, 15. November 1918.

Na. Die Gründung einer Volkswehr. Wie aus einer Bekanntmachung zu ersehen ist, ergeht an die Einwohnerschaft von Karlsruhe der Aufruf zur Gründung einer Volkswehr. Diese Volkswehr ist notwendig zur Sicherung der Ordnung in unserer Stadt. Sie übernimmt den Sicherheits- und Wachdienst in der Stadt, da nach den Waffenstillstandsbedingungen Karlsruhe von Truppen geräumt werden muß. Die Stärke der Volkswehr soll zunächst auf 1000 Mann gebracht werden. Den ständigen Mannschaften werden Tagelöhner von 10 Mk. bewilligt. Alles Nähere ist aus der amtlichen Bekanntmachung zu ersehen. Waffenfähige, zum Wach- und Patrouillendienst geeignete junge Männer werden aufgefordert, sich für die Volkswehr zu melden. Verdrücke für die Anmeldung werden auf den Polizeiwachen ausgegeben, wo sie nach Ausfüllung aus wieder entgegengenommen werden.

Die Behandlung von Bindagängern. Das stellvertretende Generalkommando des 14. A. K. hat angeordnet: Es ist verboten, als Bindagänger niedergegangene Artilleriegeschosse oder Flugbomben zu berühren, auszugraben oder sich in sonstiger Weise mit ihnen zu befassen. Wer einen Bindagänger findet, ist verpflichtet, der nächsten Militär- oder Zivilbehörde Anzeige zu erstatten.

Die Schulen sind für die heimkehrenden Truppen zu einem großen Teil freigemacht. Die Schüler haben auf unbestimmte Zeit Ferien erhalten.

Die Grippe-Epidemie in hiesiger Stadt ist wieder in steilem, wenn auch langsamem Rückgang begriffen. Immerhin ist aber sowohl die Zahl der vorhandenen wie auch der neuen Erkrankungen nicht unerheblich, so daß nach wie vor dringend empfohlen werden muß, die zur Verhütung der Krankheit in Betracht kommenden Vorsichtsmaßnahmen, die das Großh. Bezirksamt

**Theater und Musik.**

Großh. Hoftheater. Im Hinblick auf die Notwendigkeit möglichst hoher Kohlenpreise muß die Dauer und Zahl der Vorstellungen im Hoftheater bis auf weiteres gekürzt werden. Infolge dessen kann die begonnene Auf- führung des Mordenspiels vorerst nicht zu Ende geführt werden. Die schon angekündigten Vorstellungen „Meinhold“ und „Käufers“ werden noch stattfinden, dagegen muß die Aufführung von „Siegfried“ und „Götterdämmerung“ zurückgestellt werden. Die Sonberrmeister können die Räte für diese beiden Aufführungen an der Hofoper zurückziehen. Die Zahl der in einer Woche im Hoftheater stattfindenden Vorstellungen wird bis auf weiteres auf etwa vier herabgesetzt.

Städt. Konzerthaus. Die morgige Vorstellung von „Mojse von Samsel“ beginnt um halb 7 Uhr.

Polizeidirektion — in nächsten amtlichen Verkündigungsblatt neuerdings bekannt geben wird, sorgfältig zu beachten.

Anfall. Am Mittwoch nachmittag wollte ein 10-jähriger Knabe in der Rinkheimerstraße hier auf ein fremdes fahrendes Fuhrwerk aufsteigen, glitt aus, fiel unter den Wagen, wurde überfahren und erlitt dadurch einen Oberschenkelbruch, welcher seine Aufnahme in das städtische Krankenhaus erforderlich machte.

**Zur Bildung von Beamtenträten.**

Karlsruhe, 15. Nov. (W.T.B.) Der Arbeiter- und Soldatenrat Karlsruhe teilt mit: In der Presse werden Stimmen laut, die zur Bildung von Beamtenträten usw. auffordern. Wir begrüßen jede Mitarbeit und bitten möglichst alle um tatkräftige Hilfe. Wir machen aber darauf aufmerksam, daß keine Zersplitterung der Kräfte erfolgen darf. Die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte können alle Verufe umfassen, da ja die Angehörigen aller Verufe Arbeiter sind, gleichgültig, ob sie geistig oder körperlich wirken.

In richtiger Erkenntnis der Tatsache haben sich auch bereits der Verband mittlerer badischer Staats- und Eisenbahnbeamten sowie die Technikerverbände dem Arbeiter- und Soldatenrat angeschlossen.

**Politische Nachrichten.**

**„Bayerische Volkspartei.“**

München, 14. Nov. Aus den Reihen des bayerischen Zentrums ist in Regensburg die Bayerische Volkspartei gegründet worden. Sie betrachtet, wie der Regensburger Anzeiger berichtet, den durch die Revolution geschaffenen staatspolitischen Zustand Bayerns als eine gegebene geschichtliche Tatsache. Ihr Programm ist ein christlich-sozialistisches; es stellt die Selbstständigkeit Bayerns in den Vordergrund, verlangt Selbstregierung des Volkes bis zu den äußersten Konsequenzen und beansprucht das aktive wie das passive Wahlrecht für die volljährigen Männer und Frauen ohne Einschränkung. Nicht haben soll das Wahlrecht erst nach dreijähriger Anwesenheit gewährt werden. Ueber wichtige Verfassungsangelegenheiten, Steuer- gesetze und soziale Maßnahmen soll Volksabstimmung nach Schweizer Muster (Referendum) stattfinden. Volle Freiheit der religiösen Betätigung, Erhaltung des Eigentums der Kirche, ausreichende Sicherheiten für die Erziehung der heranwachsenden Jugend in konfessionellen Schulen sind weiterhin Forderungen des Programms.

Berlin, 12. Nov. „In eigener Sache“ schreibt heute abend die frühere Nordd. Allg. Ztg. Die jetzt Deutsche Allgemeine Zeitung heißt die alte Schriftleitung werde in Lebensuntersuchung mit den verantwortlichen Männern der Regierung weiterarbeiten. Die Zeitung soll und wird dieser helfen, ihre Aufgaben so zu lösen, wie es dem Wohle des Ganzen entspricht.

**Der neue Chef der Reichskanzlei.**

Von der Reichsregierung ist der Berliner sozialdemokratische Journalist Kurt Baade zum Chef der Reichskanzlei ernannt worden. Baade ist Vizepräsident des Reichsverbandes der Reichsbeamten und Mitglied des Vorstandes des Reichsverbandes Berlin-Brandenburg im Reichsverband der deutschen Presse.

**Der frühere Kronprinz.**

Haag, 14. Nov. (W.T.B.) Es wird berichtet, den früheren deutschen Kronprinzen mit zwei Begleitern in Arnheim zu internieren. Die beiden anderen Offiziere sollen in einem anderen Internierungslokal untergebracht werden.

Amsterdam, 13. Nov. (W.T.B.) Allgemeines Handels- gebiet meldet, daß der frühere deutsche Kronprinz und sein Gefolge um 12 Uhr mitternachts in vier Automobilen Maasricht verlassen habe.

Frankzösische Organisation Elsass-Lothringens. Paris, 15. Nov. (W.T.B.) Agence Havas. Der Ministerrat beschloß sich mit der Organisation Elsass-Lothringens und ernannte zu Oberkommissaren der Republik für Straßburg den Generalkommissar für die öffentliche Sicherheit Perinot, für Metz den Präsidenten des Departements Mentho et Moelle Mirmon, für Kolmar den Staatsrat Pouleto.

**Schweiz.**

**Widerruf des Generalstreiks.**

Bern, 14. Nov. (W.T.B.) Schweiz. Dep.-Agent. In der heutigen Schlußsitzung der Bundesversammlung wurde der Bundesrat mit, daß der Generalstreikkomitee den bedingungs- losen Widerruf des Generalstreiks mitteilt. (Großer Beifall). Der Bundes- präsident fuhr fort: Der Abdruck ist gewichen. Die Schweizerische Demokratie erhebt frei und stolz ihr Haupt. Der Bundesrat dankt den eidgenössischen Räten warm für ihr großes Vertrauen und die wirksame Unterstützung in der schweren Krise. Dank gebührt auch der Armee. (Beifall). Der Präsident des Nationalrates schloß die Sitzung mit der Bemerkung, daß dem Lande durch die Haltung der Behörden ein Bruderkrieg erspart worden sei.

**Fremdenkundgebungen.**

Bern, 15. Nov. (W.T.B.) Meldung der Schweizerischen Depeschen-Agentur. Heute früh wurden in der ganzen Schweiz die Arbeiten wieder aufgenommen. Der Eisenbahnver- kehr, der Post-, Telegraphen- und Telephondienst sind wieder normal. Nach Abbruch des General- streiks fanden am Donnerstag im ganzen Lande freudige Kundgebungen statt. In Bern wurde eine spontane gewaltige Mani- festation veranstaltet. Die Menge zog vor das Quartier der Mitglieder des Bundesrates und des Generals Wille und riefen sie heraus. Der Bundes- rat Decey und Bundesrat Motta gaben ihrer Freude Ausdruck, daß die verschiedenen Völker- stämme der Schweiz sich während des Krieges einig gezeigt hätten in dem Willen, die Demokratie zu schützen. Die französische Schweiz habe zweimal während des Krieges das Land gerettet, einmal beim Beginn des Krieges durch das klare Gefühl des Rechts und jetzt am Schluß durch entschiedene Ab- wehr von der Gewalt gegen die Ver- fassung und das Gesetz. Der Bundesrat hat dankte dem Volke für seine Entschlossenheit in den vergangenen heroischen Tagen. General Wille dankte für die treue Pflichterfüllung der Soldaten. Der stürmisch verlangte Bundespräsident Calonder erklärte nach einem Dank an die Bür-

ger und Bürgerinnen, daß der Bundesrat ent- schlossen sei, dem Geiste der neuen Zeit Rechnung zu tragen und im neuen Europa im Kreise der freien Völker der Freiheit durch po- litische und soziale Fortschritte einen Ehrenplatz zu sichern. Nach den schweren Jahren des Durchhaltens während des Krieges müsse man mit vereinten Kräften an die Ausgestaltung der schweizerischen Demokratie heranträte und den Ver- drückten und vom Schicksal Benachteiligten müsse eine bessere Zukunft geschaffen werden durch die Ent- wicklung der sozialen Gesetzgebung.

**Die Lebensmittellieferung aus Amerika.**

Rotterdam, 14. Nov. (W.T.B.) Hier wurde fol- gender Punkt durch den schweizerischen Gesandten in Washington an das Ministerium des Innern in Bern aufgegeben:

Ich habe dem Staatsdepartement ohne Verzug die Mitteilung der deutschen Regierung zugestellt, die ihre Kadelnummer 57 behält. Staatssekretär Ransing erwidert mich, folgende Antwort zu übermitteln: Von der gemeinsamen Sitzung beider Säuler des Kongresses hat der Präsident der Ver- einigten Staaten erklärt, daß die Vertreter der assoziierten Regierungen im Obersten Kriegsrat von Versailles durch einstimmigen Beschluß den Vertretern der Mittelmächte versichert haben, daß alles, was nötig, und unter den Umständen mög- lich ist, zu beschaffen werde, um sie mit Le- bensmitteln zu versorgen und die Not zu erleichtern, die an diesen Orten geradezu das Leben bedroht, und daß unmittelbar Schritte getan werden sollen, um diese Unterstützung in derselben inste- matischen Weise zu organisieren, wie es im Falle Belgien geschehen ist. Weiterhin sprach der Präsi- dent seine Ansicht aus, daß mit Hilfe des still-

liegenden Schiffsraumes der Mitte- mächte es möglich sein müßte, ihre unterdrück- te Bevölkerung von der furchtbaren Gefahr völliger Verelendung zu befreien und ihre Energie für die große und schwere Aufgabe des politischen Wiederaufbaues frei zu machen. Demnachbrennd bean- tragt mich der Staatssekretär zu erklären, daß er bereit ist, die Unterstützung Deutschlands mit Leben- mitteln in wohlwollender Erwägung zu ziehen und die Frage sofort zu erörtern, vorausgesetzt, daß er versichert sein kann, daß die öffentliche Ord- nung in Deutschland weiterhin bestehen bleibt und daß eine unparteiische Verteilung der Lebens- mittel verbürgt wird. (S. U. L. Z., schweizerische Gesandter.)

**Waffenstillstand.**

**Ein Präliminarfriede?**

Köln, 14. Nov. Laut einer Nachricht der N. B. ist der Abschluß eines Präliminarfriedens bereits angebahnt. Bei den Verhandlungen in französischen Hauptquartier waren nur Franzo- sen und Engländer beteiligt. — Die Einheits- der Verwaltung und der Zusammen- hang zwischen dem Innerschweizerischen und dem übrigen Deutschland wird auch unter den feindlichen Besatzung gewahrt bleiben.

**Die alliierte Flotte durch die Dardanellen.**

London, 14. Nov. (W.T.B.) Reuters. Die Admi- ralität teilt mit, daß die alliierte Flot- te gestern durch die Dardanellen gefahren sind. Britische und indische Truppen, die die Forts besetzt hatten, paradierten, als die Schiffe vorbeizogen. Die Flotte kam heute morgen vor Kon- stantinopel an.

**An die Einwohnerschaft von Karlsruhe.**

**Aufruf zur Volkswehr!**

Die Sicherheit und Ordnung in unserer Stadt ist für alle Bürger die erste Forderung. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat sich mit der Stadt- verwaltung und dem Bezirksamt über die Errichtung einer Volkswehr geeinigt. Die Volkswehr übernimmt den Sicherheits- und Wachdienst in der Stadt, die durch die Waffenstillstands-Bedingungen Karlsruhe von Truppen geräumt werden muß.

**Aufbau und Organisation:**

1. Die Stärke der Volkswehr soll zunächst bis auf 1000 Mann ge- bracht werden.
  2. Die Organisation der Volkswehr übernimmt der Arbeiter- und Soldatenrat.
  3. Den ständigen Mannschaften werden Tagelöhner von 10 Mk. bewilligt.
  4. Die Einstellung der Mannschaften erfolgt vertraglich mit 14tägiger Kündigung.
  5. Die Volkswehr hat die Rechte und Pflichten der staatlichen Polizei- mannschaften.
  6. Für die Anmeldung zur Volkswehr werden Vordrucke auf den Polizei- wachen ausgegeben und nach Ausfüllung daselbst wieder entgegen- genommen.
- Wir fordern waffenkundige, zum Wach- und Patrouillendienst geeignet junge Männer auf, sich für die Volkswehr zu melden.

Karlsruhe, 14. November 1918.

**Der Arbeiter- u. Soldatenrat:**

Porter. Weiser.

**Bezirksamt u. Polizeidirektion!**

Weigel.

**Bekanntmachung.**

Karlsruhe, den 12. November 1918. In einer Besprechung des Vorstandes des Arbeiterrates nebst zwei Vertretern des Soldatenrates mit dem Bezirksamt wurde der Beschluß gefaßt, daß zur Durchführung des Sicherheitsdienstes und einer einheitlichen Durchführung der notwendigen Maß- nahmen ein Mitglied des Arbeiterrates und ein Mitglied des Soldatenrates zur ständigen Mitarbeit bei der Polizeidirektion bestimmt werde.

Die noch beim Militärdienst tätigen früheren hiesigen Schutzeleute sollen sofort angefordert werden, damit der Sicherheitsdienst besser durchgeführt werden kann.

In Bezug auf den Sicherheitsdienst und um die Ruhe und Ordnung durchzuführen, unterstellt sich das Bezirksamt den Beschlüssen des Arbeiter- und Soldatenrates und unterstützt dieselben.

Alle anderen sich ergebenden Fragen sollen durch gegenseitige Aussprache zur Verständigung führen.

Der Arbeiterrat: B. Porter. C. Erb. Der Soldatenrat: Weiser.

**Zur Bildung von Beamtenträten.**

Der Arbeiter- und Soldatenrat Karlsruhe teilt mit:

In der Presse werden Stimmen laut, die zur Bil- dung von Beamtenträten usw. auffordern. Wir be- grüßen jede Mitarbeit und bitten möglichst alle um tatkräftige Hilfe. Wir müssen aber darauf auf- merksam machen, daß keine Zersplitterung der Kräfte erfolgen darf. Die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte können alle Verufe umfassen, da ja die Angehörigen aller Verufe Arbeiter sind, gleichgültig, ob sie geistig oder körperlich wirken.

In richtiger Erkenntnis dieser Tatsache haben sich auch bereits der Verband mittlerer badischer Staats- und Eisenbahnbeamten sowie die Technikerverbände dem Arbeiter- und Soldatenrat angeschlossen.

**Städt. Vierordt-Bad**  
Karlsruhe  
Verchiedene Kurbäder  
Halb-, Sitz-, Foss- und Waschbäder, Douchen, Wickel (Paokungen) und Massagen, Dampf-, Heiß- luft-Kastenbäder etc.  
Jahresabgabezeit: Montag und Mittw. vorm. 8-1 Uhr und Freitag 8-8 Uhr.  
Horrenabgabezeit: Alle übrige Badezeit, Sams. aus bis abends 8 Uhr. Sonntags geschlossen, Mittags 1-3 Uhr geschlossen

**Inserate**  
finden  
durch den  
**Badischen Beobachter**  
weiteste Verbreitung.

**Bekanntmachung**  
des Arbeiter- und Soldatenrats Durlach.  
**Mitbürger!**  
Im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung verlangt der Arbeiter- und Soldatenrat, daß kein Bürger von Truppenteilen, die jetzt infolge der Demobilisierung in die hiesige Garnison zurück- kehren, militärische Gegenstände irgendwelcher Art, wie: Bekleidungsstücke, Waffen, Munition, Lebens- mittel, Wagen und Pferde aufkauft.  
Zu widerhandlungen gegen diese Bestimmung werden unmissverständlich streng geahndet.  
Jeder Bürger ist verpflichtet, sofort Anzeige beim Soldatenrat zu erstatten, wenn ihm derartige Vor- kommen bekannt werden  
Durlach, den 15. November 1918. 4487  
Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Wir empfehlen:  
**Taschen-Fahrplan**  
(für Mittelbaden)  
für den  
Winterdienst 1918/1919  
(gültig ab 1. Oktober 1918)  
Preis 25 Pfennig.  
Derselbe ist fäunlich in den Buchhandlungen und bei den Erzgärtinnen des Badischen Beobachters.  
**Badenia, Verlag & Druckerei,**  
Karlsruhe.

**Reisepreis vierstündlich:**  
Karlsruhe durch Tröger Nr. 4.55;  
Badische Staatsbahn Nr. 1.20;  
Badische Staatsbahn durch die  
Post Nr. 5. — ohne Weisung;  
Badische Staatsbahn durch die  
Post Nr. 5. — ohne Weisung;  
Ausgabe beträgt 10 Pf.

**Reiseprüfer Nr. 535**  
Kontaktdruck und Verlag  
Karlsruhe, Adlerstr.

Zuvörderst ein WM- Uebermensches h- macht, nicht der Ueberlegen- ihr das Heimatland vor de- Gott lohne euch die Opfer d- Die Heimat findet ih- want und wie es geschah, helfen, dazu seid ihr in er- Wir müssen es aber wir alle Bürger und Bürger- Dieser Gefahr sehen Blutopfer genug, wir wollen Woher kommt diese an Kommando und unter Massen des badischen Volk- Bauernschaft auf dem Land mit einem blutigen Austrag- Er trägt eine dopy- Wenn diese kommt, wehe- lauert die alte Militärgewal- zt schaffen, mit seinen Neg- blutigen, ruinenbesäten Krieg- Hinter allem aber st- Das Erste und Wid- Darum stützen wir die pro- daß führende Parteienossen eingetreten sind. Wir müssen aber au- lin, jeder Einfluß auf dem Wege der Arbeiter- Ueber 4 Jahre habe- ertragen. Es ist vorbei! W- Radikalismus und seine bru- gelitten, als die nordischen unsere badischen Angelegen-

**Waffenstill-**  
Die Räumung der Be- im West-

Berlin, 15. Nov. (W.T.B.) der besetzten Gebiete bisher, soweit es sich um den schlossener Truppente- müßte vor sich. Trotz der ist es bisher gelungen, aus- heranzuschaffen. Wenn der Mat geübt bleibt, und nicht oder Bahnunterbrechung gefa- ber Amarsich vorausichtlich a- schwideln. Teile der im rüd- Westfront untergebrachten r- ruhigt durch alarmieren u- nnderjener Leute, die des heimlichen Arbeiter- gaben, tatsächlich aber diegen- ten, ihre Truppenteile verlass- Heimat zu. Sie bilden für- marisch der Massen des Geere- aung von Geer und Heimat e- nur durch zielbewusstes und ta- Heimat behoben werden kann- der besetzten Gebiet- Rheinrufer hat durch Zulabes- kommandos der Alliierten, die leker Marschbefehle bekannt w- Erschwerung erfahren, die- marisch zu der festacierten Be- sch macht. Die Oberste Seeres- kommando der Alliierten vor- her aber ohne Erfolg. Nach d- ten unsere Truppen gerät u- 1. Bis zum 17. November b- bet etwa bis zur Linie Neu- Molt-Gal-Chatelet halbweg- Civet-Neufchateau-Wirton- Heim-Kollenberg-Kinstingen- heim-Sälettschad-Neu-Drei- Meins bis zur Straße Neu- 2. Bis zum 21. November b- biete weillich vom Turnhout- Terlemont-Sum bis zur No- bura, nach Suremburg, Saar- nach Elsch-Lothringen. 3. Bis zum 27. Novemb- von Belgien.